

# 15 Franffurter Oberpostamts-Zeitung.

Samstag

(Extra-Beilage zu Nro. 36.)

10. Februar 1849.

## Inhalt.

### Die österreichische Note.

Deutschland. Frankfurt (Zur Statistik der Reichsversammlung). Wien (Reichstagswahlen). Das Ministerium. Die Stimmung. Waffenfunds und betreffende Bekanntmachung. Der Kaiser in Olmütz. Offizielles. Danzig (Ein Bescheid des auswärtigen Ministeriums an die Kaufmannschaft). Düsseldorf (Wahlen. Commandant v. Drigalski hat seine Entlassung erhalten). Koblenz (Wahlen. Ein deutscher Seefotzler). Ansbach (Die Generalsynode). Karlsruhe (Die zweite Kammer über die Papier- und Anteilsfrage). Schleswig (Adresse der Landesversammlung an den Reichsdeputierten. Deffentliche Stimmung. Dänische Emeute auf Alsen). Lübeck (Ein Schreiben des Handelsministers Duckwitz an die Kaufmannschaft).

Italien. Rom (Tagesnachrichten).

Frankreich. Paris (Marquis Normanby als englischer Gesandter accredited. Kriegsrechtliches Urteil über die Mörder des General Brea. Congress in Gaeta. Nationalversammlung).

Großbritannien. London (Napier soll Oberbefehlshaber von Indien werden. Bulwer zum Gesandten in Washington ernannt. Parlament).

Nachschrift.

Börsenberichte.

### Die österreichische Note.

Wir haben die österreichische Note vom 4. d. M. gelesen und wieder gelesen und uns fragen müssen, welches der eigentliche Sinn derselben sei. Vollkommen klar ist uns dabei geworden, was Österreich nicht will. Wir stellen dies in folgenden Sägen zusammen:

1) Österreich hält an dem Grundsage der Vereinbarung zwischen den Fürsten und dem Volke fest, und geht bis zur Vollendung der neuen Verfassung auf diesem Wege der Nationalversammlung feinerlei gesetzgebende Gewalt zu.

2) Die provisorische Centralgewalt ist auf der Grundlage des alten Bundes lediglich als vollziehende Behörde anerkannt, und es ruht somit die gesetzgebende Gewalt Deutschlands vollständig bis zum Zustandekommen der neuen Verfassung.

3) Die Notwendigkeit einer engen Vereinigung Deutschlands wird anerkannt und dabei ausgesprochen, daß die kaiserliche Regierung, weit entfernt, sich auszuschließen, zur ernstlichen und aufrichtigen Mitwirkung bereit sei, vorausgesetzt, daß es sich um Einigung, nicht um gänzliche Umstaltung der bestehenden Verhältnisse handle; um Wahrung der verschiedenen lebenskräftigen organischen Glieder Deutschlands und nicht um deren Aufhebung und Vernichtung. Österreich will somit keinen unitarischen Staat, der für dasselbe nicht ausführbar und für Deutschland nicht wünschenswert sei. Das, was aber von der Nationalversammlung bezweckt werde, sei nichts anderes als ein unitarischer Staat. Hierdurch wird der Stab über das ganze Verfassungswerk und insbesondere über das v. Gagernsche Programm gebrochen. Österreich verwirft die Bildung eines engen und eines weitern Vereins.

4) Österreich erklärt sich auf das Bestimmteste gegen eine Unterordnung Sr. Maj. des Kaisers unter die von einem andern deutschen Fürsten gehandhabte Centralgewalt.

5) Österreich will keine Vereinbarung mit der Nationalversammlung, sondern nur eine Vereinbarung mit den Fürsten über die ihnen von der Nationalversammlung vorzulegende Verfassung, die somit als ein Entwurf, oder ein von Notabeln abzugebendes Gutachten zu betrachten wäre, hofft aber, daß unter den Fürsten eine nach allen Seiten hin befriedigende Verständigung zu erzielen sein werde, und hat sich zu dem Behuf zunächst mit den königlichen Höfen in Verbindung gesetzt.

Das, was Österreich positiv anstrebt, läßt sich vielleicht folgendermaßen formuliren:

1) Es ist nur eine Revision, nicht aber eine Neugestaltung der alten deutschen Bundesverhältnisse gestattet. Bei dieser Revision schwelt der kaiserlichen Regierung ein nach Außen festes und mächtiges, im Innern starkes und freies, organisch gegliedertes und doch in sich einiges Deutschland vor. — Diese Gliederung soll wohl in der Bildung von Reichskreisen bestehen, an deren Spitze die königlichen Regierungen zu stellen wären. — Dadurch würde die Aussicht eröffnet, daß, weit entfernt Österreich von dem engeren Bunde auszuschließen, dasselbe mit allen seinen seither nicht zu Deutschland gehörigen Staaten dem Bunde beitreten könnte.

2) Die neue Bundesverfassung muß nur ganz bestimmte und keine dehnbaren Vorschriften enthalten, indem nur dadurch dem Vorwalten der Sonderinteressen vorgebeugt werden könne.

3) Ein stufenweiser Gang, der beginnt mit dem aufrichtigen Willen, sich anzunähern, und allmälig übergeht zum wirklichen engen Verbande, gehört nicht in das Reich der Träume.

Demnach würde in der neuen Verfassung das Prinzip der freien Vereinbarung für alle Gegenstände festzuhalten sein, die nicht streng genommen zu Erfüllung der höchsten Bundeszwecke gehören. Die letzteren würden aber wohl in der Aufrechthaltung der Sicherheit und Unabhängigkeit der einzelnen Bundesglieder zu suchen sein, und es ist daher die Frage erlaubt, ob in dem von Österreich erstrebenen engeren Verbande nicht eben wieder der Keim zu engeren Vereinen gelegt sei, freilich mit dem wesentlichen Unterschiede, daß diese nicht organisch begründet werden und

daher der Erreichung ihrer Zwecke niemals gewiß sein können.

Die österreichische Regierung drückt den Wunsch aus, daß ihre Gründung in- und außerhalb der Paulskirche günstige Aufnahme finden und jedenfalls die Aufrichtigkeit und Bereitwilligkeit Österreichs in vollem Maße gewürdigt werde. Dieser Wunsch hätte gewiß auf volle Erfüllung zu rechnen, wenn die österreichische Regierung das, was sie will, in bestimmten und klar ausgesprochenen Zügen darlegen hätte. Aber es schmerzt uns, sagen zu müssen, daß mit allgemeinen Sägen, Aussichten und Hoffnungen der täglich wachsenden Noth Deutschlands nicht abgeholfen werden kann. Was wir bedürfen, ist die schnelle Herstellung eines gesetzlichen Zustandes in Deutschland. Wenn die gesetzgebende Gewalt der Gesamtheit noch länger ruhen soll, so müssen sich alle Bande der Gesellschaft lösen, und man wird mit den schönsten Worten nichts als die Anarchie begründet haben. Deshalb wird die Centralgewalt wohl darauf Bedacht nehmen müssen, daß sie das Feld der Abstraktionen und Prinzipien verläßt, und nur positive Vorschläge in's Auge faßt, diese aber mit voller Unparteilichkeit und möglichster Selbstverleugnung würdigt. Nur über solche Vorschläge wird man sich erklären können, und selbst die Nationalversammlung wird mehr auf das Resultat als auf die Form sehen, dessen sind wir von ihrem Patriotismus versichert. Die Centralgewalt möge daher immerhin die Verhandlungen mit den Bevollmächtigten sine ira et studio eröffnen, und dieselben ohne Zeitverlust zu irgend einem Schlusse führen.

### Deutschland.

Fr. Frankfurt, 9. Febr. Nach dem neu vertheilten Verzeichnisse der Abgeordneten bei der Nationalversammlung sind im Ganzen 176 Abgeordnete ausgeschieden. 28 Sitz., darunter 15 aus Österreich, sind nicht wieder besetzt. Mehrere Sitz. haben ihre Inhaber mehrmals gewechselt. So folgten Haug, Dieringer, Frings und Temme auf einander, ebenso Glück, Stöcker und Lammers, ferner Sedlag, v. Platen und v. Börries.

Frankfurt, 10. Febr. Das „Reichsgesetzblatt“ enthält in seiner heute ausgegebenen Nr. 111) eine Verordnung, betreffend die Ermäßigung der Zulagen bei Festungsbauten &c. in den Reichsfestungen; 2) eine Verordnung, betreffend die Einziehung des Ertrags aus den Gräsern der Festungswerke &c. in den Reichsfestungen zur Festungsdotirungskasse.

+ Wien, 6. Febr. In Ermangelung anderer Neuigkeiten ist das Tagesinteresse von der für morgen ausgeschriebenen Wahl eines Reichstagsabgeordneten nach Kremsier am meisten in Anspruch genommen. Baron Kübeck und Fürst Schwarzenberg haben die meisten Aussichten, während die meisten andern Candidaten, die gestern genannt wurden, zurückgetreten sind. Die Spannung zwischen dem Reichstag in Kremsier und dem Cabinet in Olmütz dauert fort, und dieses Verhältnis tritt vielleicht in eine neue Phase, wenn wahr ist, was mehrheitlich behauptet wird, daß nämlich in dem Cabinet selbst Spaltungen eingetreten seien. — Die Stimmung ist hier stets fort eine gedrückte und schwüle, einerseits durch die Strenge der Militärrherrschaft, andererseits durch die fortgesetzten Meutereien gegen Soldaten in und außer dem Dienst; man ist hier allgemein des Glaubens, daß eine geheime Verbindung besthebe, welche für jen den kriegsrechtlich Verurteilten ein Sühnopfer aus den Reihen des Militärs fordere. Dies muß Erbitterung hervorrufen und die Wachsamkeit der Behörden schärfen. Verborgene Waffenvorräthe sollen da und dort bei Haussuchungen aufgefunden worden sein. Wenn es wahr ist, werden wir es durch die „Wien. Ztg.“ erfahren, die heute erst amtlich verkündigt und zwar „ander Leichtsinnigen oder Böswilligen zur ernsten Warnung“, daß der Kaufmann Peregrin Christ und die Beteiligten Anton Risi, Joseph Mischl und Franz Pfeiferer der kriegsrechtlichen Untersuchung übergeben worden sind, weil man bei einer um Mitternacht vorgenommenen Durchsuchung der Wohnung derselben in Floridsdorf ein complettes Feuerwehr, ein Percussionsschloß, 3 Säbel, eine Säbelklinge, mehrere Gewehrbestandtheile und Pulver und Blei vorgefunden habe.

Der Kaiser besucht in Olmütz täglich das Theater auf eine Stunde. Der Komiker Beckmann ist dort anwesend und wird auf den ausdrücklichen Wunsch des Kaisers in dem Stück „der Bette“ von Benedix auftreten. Auch die Künstlerinnen Haizinger und Neumann sind wieder nach Olmütz berufen und es sollen dreimal in der Woche Stücke mit Besetzung vom Burgtheater stattfinden. — Offiziell wird den in mehreren Blättern enthaltenen Behauptungen widergesprochen, die Beamten größerer Städte seien aufgefordert worden, mit Offiziersrang in die neu zu errichtenden 6 Bataillons einzutreten, und der Meldung, daß die Gründung der philosophischen und juristischen Studien neuerdings hinausgezögert worden sei; im Gegentheile ständen die Lehräle in Bereitschaft. (Doch fehlten, wie es schien, noch die Studenten.)

Danzig, 4. Febr. Von der hiesigen Kaufmannschaft wurde vor einigen Tagen bei dem Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten eine Vorstellung wegen des zu beforschenen Wiederausbruchs der Feindseligkeiten mit Dänemark eingereicht. Der darauf ergangene Bescheid lautet folgendermaßen:

„Auf Ihre Vorstellung vom 4. d. M., die Friedensunterhandlungen mit Dänemark betreffend, nehme ich keinen Anstand, Ihnen zu erwiedern, daß die königliche Regierung nach Kräften bemüht sein wird, ungeachtet der Schwierigkeiten, welche einer bestreitenden Lösung der mit Dänemark obwaltenden Umstände entgegenstehen, dieselbe zur definitiven Erledigung zu bringen. Jedenfalls werden die angestrengtesten Bemühungen der königlichen Regierung auf eine friedliche Auseinanderstellung eingerichtet bleiben. Sollte desseinen geachtet der entgegengesetzte Fall eintreten, so dürfte der Art. 1 des mit Dänemark abgeschlossenen Waffenstillstandes, wo nach dem Ablauf des letztern eine einmonatliche Kündigung vorhergehen muß, dem preußischen Handels- und Handelsstande ein gerichtetes Mittel an die Hand geben, um sich wenigstens gegen etwaigen directen Schaden zu schützen. Berlin, den 1. Februar 1849.“

† Düsseldorf, 7. Febr. Troß des Ausfalls der Urwahl im demokratischen Sinn ist die vorgestrige in Elberfeld vollzogene Abgeordnetenwahl ein gegenheiliger gewesen: die Gewählten, ein Arbeiter, ein Commis, der Minister v. v. Heydt und der hiesige Advocat Scherer, der die radicale Farbe, die er im Vorparlament verfocht, abgelegt hat, sind conservativ. Wessendonk hatte keine Aussicht hier und trat deshalb als Candidat zurück. Wiedenmann hat die ihm angebotene Candidatur für die erste Kammer abgelehnt. Als Candidaten werden genannt Prinz Friedrich, der Fürst Solms-Hohensolms-Lich und der Staatsprocurator v. Ammon. — Der Generalstabschef und Commandeur der 14. Militärdivision, der Urheber des Belagerungsstandes, v. Drigalsky, hat heute seine Entlassung erhalten. Sein Nachfolger ist noch nicht bekannt.

X Koblenz, 9. Febr. Der zum Abgeordneten für die zweite Kammer vom hiesigen Wahlbezirk gewählte Friedensrichter Grebel von St. Goar ist gleichzeitig im Wahlbezirk Kempen am Niederrhein gewählt worden und wird unter Beibehaltung der letztern Wahl sein Mandat für Koblenz zurückgeben, indem hier an seiner Stelle abermals nur ein Candidat der Demokraten gewählt werden wird; man nennt als solchen den Justizamtsassessor Plönnies zu Altenkirchen, früheren Vicepräsidenten der aufgelösten Nationalversammlung. Gestern sahen wir hier auf der Durchreise nach Hamburg einen Offizier unserer deutschen Marine. Es ist dieses Kapitän Behrens, welcher den Befehl über die Fregatte „Germania“ erhalten hat. Er war in Seidenste bei den Holländern, wo er es bis zum Untersteuermann gebracht hatte. Im Begriff zum Offizier ernannt zu werden, erhielt er Gelegenheit dem Vaterlande seine Dienste anbieten zu können und wurde mit dem Befehl über die Germania betraut. Nachdem er nun in Frankfurt den Eid geleistet, begibt er sich zum Antritt seines Postens nach Hamburg. Seine Uniform war einfach, blaue Beinkleider, blauer Civilfrack mit gelben Knöpfen, worauf der Reichsadler, und einer goldenen Contrepoulette, sodann dreieckiger Hut mit deutscher Cocarde.

Ansbach, 5. Febr. Nachdem die Generalsynode heute den Vortrag des Verfassungsausschusses über die künftige Stellung unserer Kirche zu Kirchengewalt und Regiment, so wie deren Vertretung vernommen hatte, in welchem vielfach darauf hingewiesen worden, wie es sich von selbst verstehe, daß die Kirchenbehörde und Generalsynode nur auf dem kirchlichen Bekenntnisse stehen könne, erhob sich der Abgeordnete Regierungsassessor Dr. Bucher und drückte seine Anerkennung darüber aus, daß der Bau der neuen Verfassung nur auf dem Grund des Bekenntnisses erfolgen solle, womit er zugleich den früheren Manifestationen dieses in der Generalsynode herrschenden Sinnes einen neuen Stempel aufzuprägen aufforderte in der Erklärung, daß Alle sammt und sonders auf dem evangelisch-lutherischen Bekenntniss stehen und nur auf diesen Grund bauen wollen. Freudig erhob sich wie Ein Mann die ganze Generalsynode, um sich mit Acclamation dieser Erklärung anzuschließen, mit der sich von selbst verstehenden Ausnahme dreier reformirter Mitglieder, so dann mit Ausnahme von sechs bis acht anderen Mitgliedern meist weltlichen Standes, welche hiegegen einen Protest aussprachen, da verfassungsmäßig in Bayern nur eine evangelisch-protestantische, nicht aber eine lutherische Kirche besthebe und da in Rücksicht auf die mit der Kirche verbundenen Reformirten nur von einer protestantischen Kirche die Rede sein könne. Diese Einwürfe wurden theils aus der Verfassungsurkunde selbst widerlegt, da in solcher von zwei protestantischen Kirchen die Rede sei, unter denen nur die lutherische und die reformirte zu verstehen seien, dann, daß ein evangelisch-protestantisches Bekenntniss ein non ens sei, indem es nur ein Bekenntniss der lutherischen und das der reformirten Kirche gebe. Wie wir vernehmen, haben diese Differenzen einen schriftlichen Protest einzureichen sich entschlossen. Die Reformirten aber, welche schon früher eine Eingabe wegen selbstständiger Gestaltung ihres Kirchenwesens eingereicht haben, sprachen in der Person ihres geistlichen Abgeordneten ihre volle Zustimmung zu jener Erklärung in dem Sinne aus, daß auch sie in Bezug auf ihr Bekenntniss und ihre Kirchenverfassung gleichen Standpunkt festhalten. (N. C.)

\* Karlsruhe, 8. Febr. In der gestrigen und heutigen Sitzung der 2. Kammer kam der Commissionsbericht über den Gezeitentwurf, die Ausgabe von 2 Millionen Papiergeld, verbunden mit der Aufnahme eines Zwangsanlehens von 700,000 fl. zu dessen Deckung betreffend, zur Beratung. Nach langerer Debatte wurde der erste Artikel dieses Gesetzes in folgender Fassung angenommen: Die großherzogliche Regierung ist ermächtigt, für zwei Millionen Gulden Papiergeld, und zwar 500,000 Stück zu 2 fl., 65,000 St.

zu 10 fl. und 10,000 St. zu 35 fl. (oder 20 Thalern) auszugeben. Der zweite Artikel wurde in folgender Weise gefaßt: Bei allen Zahlungen an die Staatskassen wird dieses Papiergeld im vollen Nennwerthe, gleich dem im Landesmünzfuß geprägten groben Silbergelde, angenommen. Alle Staatssteuern, die Zölle ausgenommen, sind, wenn ihr Beitrag nicht unter 4 fl. steht, mindestens zu einem Viertel in Papiergeld zu entrichten. Der Zeitpunkt, wo ein solcher Zwang in Wirksamkeit tritt, wird durch eine Verfügung des Finanzministeriums festgesetzt. Letzteres kann dieses Gebot je nach Umständen beschränken, aufheben und wieder in Wirksamkeit setzen. Art. 3. In Karlsruhe wird eine Einlösungskasse errichtet, welche das Papiergeld auf Sicht gegen grobe Silbermünzen umwechselt. Zur Erfüllung dieser Aufgabe erhält die Einlösungskasse 700,000 fl. in großem Silbergelde, welche ihn weder ganz, noch teilweise zu einem anderen Zwecke entzogen werden dürfen. Jeweils, wenn der baare Vorrath der Einlösungskasse unter 100,000 fl. herab sinkt, hat die Generalstaatskasse denselben auf den Betrag von mindestens 300,000 fl. zu ergänzen. Art. 4. Form und Kennzeichen des Papiergelds werden seiner Zeit vom Finanzministerium bekannt gemacht werden. Art. 5. Ersatz für vernichtetes Papiergeld kann an die Staatskasse nicht gefordert werden. Art. 6. Abgenutzte, zerstückelte oder sonst beschädigte Papiergeldstücke werden nur dann gegen klingende Münze oder gegen anderes Papiergeld umgewechselt, wenn die Achtheit und der Werthsbetrag unzweifelhaft zu erkennen sind und die Überzeugung erlangt wird, daß sein Missbrauch mit den fehlenden Stücken geschehen kann. Art. 7. Sperrbefehle gegen die Einlösung badischen Papiergeldes sind unstatthaft. Art. 8. Die badische Post befördert das badische Papiergeld um die Hälfte der Taxe für das Metallgeld, jedoch darf diese Ermäßigung die Taxe nicht unter 6 kr. herabsetzen. Art. 9. Die §§ 522 bis und mit 532 des Strafgesetzes vom 6. März 1845 treten sofort in Kraft.

**Schleswig.** 6. Febr. Die Stimmung in Schleswig-Holstein wird immer entschiedener. Der ruhige Sinn dieses deutschen Volksstammes fühlt sich in seinem heiligsten Rechte verlegt und die Abneigung gegen Dänemark wächst von Stunde zu Stunde. Es dürfte keine Macht im Stande sein, weder die Herzogthümer zu trennen, noch Holstein von dem deutschen Bundesstaat loszureißen. In der heutigen Sitzung der Landesversammlung nahm der Präsident wiederum zahlreiche Deputationen, welche 38 Adressen, mit Tausenden von Unterschriften bedeckt, überreichten, entgegen. Die Deputationen waren meistens aus Holstein, teils auch aus Schleswig. Sie bezogen sich auf die Friedensbasis, auf kräftigste Rüstung, so wie auf die preußische Circularnote. Sie dankten für die von der Landesversammlung eingenommene Haltung und erklärten sich zu allen Leistungen erhöltig.

In der heutigen Sitzung der Landesversammlung wurde von dem wegen der preußischen Circularnote niedergesetzten Ausschuß ein neuer Entwurf zu einer Adresse an den Reichsverweser vorgelegt und von der Versammlung einstimmig angenommen. Die Adresse lautet:

Durchlauchtiger Erzherzog-Reichsverweser! Wenige Tage sind verflossen, seit die schleswig-holsteinische Landesversammlung sich getroffen hat, Ew. kaiserl. Hoheit die Gründe vorzutragen, welche ein Eingehen auf einen dem Recht der Herzogthümer auf unzertrennliche Verbindung widersprechenden Friedensvorschlag dringend widerthut. Bereits in dieser Eingabe haben wir unsere einstimmige Überzeugung niedergelegt, daß an eine Lockerung des Verhältnisses, in welchem Holstein zum deutschen Reiche stets gestanden hat, nie und unter keinen Umständen gedacht werden darf. Gleichwohl hat ein Gedanke, den wir als entfernte Möglichkeit schon abweisen müssen glaubten, in diesen Tagen unsere ernstere Erwägung hervorgerufen, daß wir denselben in einem von der preuß. Regierung veröffentlichten Plaue über die Fortentwicklung der staatlichen Gestaltung Deutschlands angedeutet zu sehen glauben. In der Circularnote des königl. preuß. Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten vom 23. Jan. d. J. findet sich folgender Passus: „Es würde aber daraus noch nicht der Schluß zu ziehen sein, daß Deutschland ausschließlich zu den wesentlichen Grundlagen des Staatenstaates zurückkehren, und daß der mit Begeisterung erlaute Plan einer bündestaatlichen Verbindung gänzlich verlassen werden müsse. Vielmehr wird sowohl die Aufrechterhaltung und Entwicklung des deutschen Bundes — Österreich so wie das deutsche Gebiet der Niederlande und Dänemarks eingestolzen — als die Erhaltung der dem öst.-preußischen Kaiserhause gehörenden Stellung in Deutschland vollkommen vereinbar sein mit dem Zusammenschluß der übrigen deutschen Staaten zu einem engeren Verein, zu einem Bundesstaate, innerhalb des Bundes.“ Wir können es an dieser Stelle unverkörpert lassen, mit welchem Rechte auch nur ein Theil der Herzogthümer Schleswig-Holstein als „Gebiet Dänemarks“ bezeichnet werden könnte, eine Benennung, die eben so sehr der staatsrechtlichen Stellung dieser Lande widerpricht, als sie unvereinbar ist mit früheren Aussprüchen derselben Macht, die uns in dem Kampfe für unsere heiligsten Rechte die kräftigste Stütze gewesen ist. Wir erkennen es ebenfalls nicht, daß die angeführten Worte der preußischen Circularnote verschiedene Deutungen zulassen und daß das rächtige Verständnß d. selben nicht unzweifelhaft vorliegt. Aber die überwiegende Bedeutung, welche dem von der ersten rein deutschen Macht veröffentlichten Plan beigeleget werden muß, legt uns die Verpflichtung auf, die unzweideutige Ver Sicherung zu erneuern, daß Holsteins Recht auf Theilnahme an dem deutschen Bundesstaat nun und nimmermehr aufgegeben werden kann, und daß jeder Plan, welcher dahn gerichtet wäre, Holstein in ein milder uniges Verhältnis zum übrigen Deutschland zu führen, auf den entschieden und allgemeinen Widerstand in unserm Lande stoßen würde. Wir schließen, indem wir Ew. kaiserlichen Hoheit von Neuem unser unwandelbares Vertrauen aussprechen, daß es gelingen werde, das Recht Holsteins auf Theilnahme an dem deutschen Bundesstaat eben so sehr, als das Recht beider Herzogthümer auf unaufhörliche Verbindung mit einander durch den Frieden mit Dänemark definitiv sicher zu stellen.“

Der Zustand auf Alsen ist entseztlich. Vorgestern lockten durch sechs Schüsse die Dänen die Jäger des Herzogs von Augustenburg aus ihrer Wohnung. Kaum war der eine aus der Thürre getreten, als er mit einer Kugel niedergestreckt ward. — Die Landesversammlung setzt unausgesetzt die Berathungen über das Budget fort. Heute wird das Kriegsbudget bei geheimer Sitzung berathen.

**Lübeck.** 4. Febr. Der Reichsminister Duckwitz hat auf die ihm gewordene Zusendung eines Exemplars der jüngst erschienenen Schrift über Lübecks nordischen Handel sich in einem vom 25. Jan. d. J. datirten Antwortschreiben dahin geäußert: „Wie er nicht daran zweiste, daß es gelingen werde, solche Formen für die Zollabfertigung festzustellen,

das dadurch neben der nöthigen Sicherstellung des Zollinteresses dennoch die für das überseeische Exportgeschäft Lübecks erforderliche Freiheit in Behandlung und Versendung der Waaren gewahrt bleibe. Das Institut der Freilager werde hierzu allerdings das sicherste Mittel an die Hand geben.“

## Italien.

**Rom.** 1. Febr. Der „Monitore Romano“ ohne päpstliches Wappen, welches die „Gazzetta di Roma“ noch zeigte, beginnt mit einer Anklagesache gegen General Zucchi auf Vaterlandsverrath. Zamboni soll zu 15 Jahren Zwangsarbeit verurtheilt sein, da ein Gesetz behindere, ihn wegen seines hohen Alters zu erschießen. Bei den Soldaten, die ihn befreien wollten, findet dieses keine Anwendung. Doch hat man zwei, die pro forma zum Tode verurtheilt sind, dennoch begnadigt, sowie die Strafe der übrigen verhältnismäßig gemildert. So glaubt man die Aufregung zu vermeiden, die ein blutiges Urtheil erregen würde. Zum Schutz der Regierung rückte gestern ein Regiment Freiwilliger, aus Venetia kommend, hier ein. Ein belobender Tagesbefehl des Kriegsministers, sowie eine Antwort der faulnen Bande war schon vor ihrer Ankunft an allen Ecken zu lesen. Sie sollen jetzt verstärkt werden. Die Hauptneuigkeit des Tags ist die Ordre, welche General Latour in Bologna aus Gaeta erhalten hat, mit seinen Schweizern durch die Marken sich nach der neapolitanischen Grenze zu ziehen. Mazzarelli wendet sich deshalb an die fremden Mächte wegen Verhinderung des Bürgerkriegs. Nebenwegen soll Latour sich habe bewegen lassen, vorläufig noch zu bleiben; doch scheint man ihm hier nicht zu trauen. Stafetten und Courriere gehen und kommen. Einer derselben soll durch Vermittelung des noch hier wohnenden englischen Geschäftsträgers dem Papst ein Schreiben des Großherzogs von Toscana überbracht haben. Der toscanische Gesandte ist wieder hierher zurückgekehrt. Zu den Abgereisten gehört auch Fürst Corsini. Um ungehindert zu entkommen, soll er sich seines Barthes, seiner Perrücke, und der früher reichlich angewendeten Schminke entzährt haben. — Das Papiergeld ist abermals um 600,000 Scudi vermehrt worden. Als Hypothek dienen die dem Staate schuldigen Summen für die Apanagegüter, die man schon im vorigen Sommer zu Fortsetzung des Krieges zu verpfänden beabsichtigte.

## Frankreich.

**Paris.** 8. Febr. Wie der heutige „Moniteur“ meldet, hat Marquis Normandy gestern dem Präsidenten Bonaparte sein Accreditiv als außerordentlicher Gesandter und bevollmächtigter Minister der Königin von Großbritannien und Irland überreicht.

In der verflossenen Nacht fällte das Kriegsgericht sein Urteil über die der Ermordung des Generals Brea Angeklagten. Die fünf Hauptangeklagten: Dair, Nourrit, Lahr, Choppert und Bappreur sind zum Tode, die Andern zu langwierigen Gefängnisstrafen verurtheilt worden. Sämtliche Angeklagten wurden gegen 1 Uhr Nachts in das Fort Vanves geschafft.

Die katholischen Mächte haben beschlossen, einen Congress in Gaeta in unmittelbarer Nähe des Papstes abzuhalten. Cardinal Dupont ist schon dahin abgereist.

Die Nationalversammlung hat in ihrer heutigen Sitzung die Berathung über den ursprüngl. Rateau'schen Antrag beendet. Ihre Beschlusssatzung in dieser Angelegenheit lautet jetzt: Art. I. Es wird sofort zur Debatte über das Wahlgesetz geschriften. Art. II. Nach Bekanntung dieses Gesetzes wird die Bildung der Wahllisten vorgenommen. Die Wahlen haben an einem und denselben Tage in ganz Frankreich statt. Dieser Tag ist der erste Sonntag nach definitivem Schluß der Wahllisten. Die gegebene Versammlung tritt vierzehn Tage nach dem Wahltag zusammen. Art. III. Die Nationalversammlung vollendet, bevor sie auseinandergeht, die Gesetze über den Staatsrat über die Verantwortlichkeit des Präsidenten der Republik und der Minister und das Budget für 1849. Art. IV. Der Beschluß der Nationalversammlung verliert in allen Punkten seine Kraft, welche gegenwärtig Decret entgegenstehen. Der ganze Antrag wurde mit 27 gegen 6 Stimmen angenommen. Darauf schritt die Versammlung zur ersten Berathung des Wahlgesetzes.

## England.

**London.** 7. Febr. Nach der „Times“ soll der Oberbefehl in Indien, an Lord Gough's Stelle, dem jetzt in Nizza befindlichen Helden von Scinde, Sir Ch. Napier, angeboten werden. Dasselbe Blatt meldet, daß der frühere Gesandte in Madrid, Sir H. L. Bulwer, zum Nachfolger Pakenham's als Gesandter in Washington ernannt sei, indem Pakenham, seit lange in diplomatischen Diensten stehend, sich mit einer wohlverdienten Pension zurückziehen werde. Die „Times“ will auch wissen, daß die Verträge mit Spanien, welche zur Einstellung der diplomatischen Verbindungen führten, einer freundschäftlichen Ausgleichung nahe seien.

In der gestrigen Sitzung des Unterhauses begehrte Herr Anstey die Erlaubnis zur Einbringung einer Bill für die fernere Aufhebung der noch gegen die Katholiken als solche in Kraft befindlichen Strafbestimmungen. Sir R. Inglis bekämpfte den Antrag, der, nachdem noch einige andere Redner, worunter der Minister des Innern gegen denselben, gesprochen hatten, mit 43 gegen 41 Stimmen verworfen ward.

## Nachricht.

Se. kaiserl. Hoh. der Erzherzog-Reichsverweser haben diese Nacht am ruhigsten zugebracht; zu mehreren Stunden ununterbrochen geschlafen; der Husten war wieder insistent; die abendliche Fiebererziehung war gestern gering; der hohe Patient befindet sich heute am gestärktesten.

Frankfurt a. M., 11. Februar 1849.

Dr. Taubes, kaiserlicher Rath.

**München.** 9. Febr. Starke Patronen durchzogen gestern Abend die Stadt. Die Ultramontanen bieten Alles auf, um eine Entscheidung in den politischen Zuständen in ihrem Sinne herbeizuführen. Ein Geistlicher ging in den letzten Tagen von Haus zu Haus und bedrohte die Leute mit einem Zuzug von 50,000 bewaffneten Bauern aus Ober- und Niederbayern, falls man es leiden würde, daß die Republikaner, d. h. die Linke in der Kammer, die Oberhand behielten.

Sämtliche Minister haben, wie noch in der ersten Sitzung gemeldet worden, in Folge der gestrigen Abstimmung ihre Entlassung eingereicht. Der „Allgemeine Zeitung“ zu folge spricht man bereits von einem Cabinet Hermann — Bieck — Rotenhan, welchem noch einige Männer aus der Fraktion des linken Centrums beigesetzt würden. Hr. v. Lerschenfeld wurde, wie man hört, beim gestrigen Hofball mit größter Auszeichnung behandelt. Viele, welche ihm seit seinem Rücktritt nicht eben nahe gestanden, drängten sich dort um ihn, wie um die neue Tagesonne. Alle Prinzessinnen ließen ihn zum Tanz auffordern. Indes ist wenig Hoffnung, den eben so ausgezeichneten, als liebenswürdigen Staatsmann für das neue Cabinet zu gewinnen.

**Darmstadt.** 10. Febr. Beim Beginn der heutigen Sitzung beantwortete Oberauditeur Hoffmann im Auftrag des Kriegsministeriums eine deshalbige Interpellation des Abg. Lehne dahin, daß das Regimentscommando des zweiten Infanterieregiments dem Oberlieutenant Rosenberg den Rath habe ertheilen lassen, Vereine, wie der sogenannte Märzverein, nicht zu besuchen, und hiermit sei das Kriegsministerium für jetzt einverstanden, da es vor der Hand ein direktes Verbot noch für überflüssig halte. Direct verbietet werde das Kriegsministerium aber einschreiten, wenn es der Dienst erfordern sollte. Mit Rücksicht auf eine frühere Interpellation bemerkt der Regierungscommissär, daß nunmehr aus Rücksichten der Disciplin den Soldaten dahier der Besuch mehrerer Wirthshäuser verboten werden sei. — Auf der Tagesordnung standen Anträge der Abg. v. Steinherz und Glaubrecht, die Bestrebungen des Freihandelsvereins um Herabsetzung des Eingangsolls auf ausländische Weine betreffend. Die Kammer beschloß nach langer Discussion, an welcher sich besonders die Abg. Ramspeck, Glaubrecht — der unter allgemeiner Heiterkeit neben andern Gründen für seinen Antrag auch den anführte, daß Schleswig-Holstein dafür, daß wir ihm zur Vertheidigung seiner Freiheit unsere Söhne geschickt hätten, unsern deutschen Wein trinken könne — Wernher, Görz, Frank und der Regierungscommissär von Biegeleben beteiligten, die Regierung zu ersuchen: bei der Centralgewalt dahin zu wirken, 1) daß in dem neuen deutschen Zolltarif die seitherige Eingangsabgabe von den ausländischen Weinen durchaus keinerlei Reduction erleide (mit 27 gegen 6 Stimmen); 2) daß alle Übergangsteuern im Innern von Deutschland aufgehoben, und ein gleiches System der indirekten Besteuerung für Deutschland eingeführt werde (mit 26 gegen 7 Stimmen); 3) daß bei Entfernung und Feststellung des Zolltarifs für Deutschland solche Ansätze in denselben aufgenommen werden, welche nicht nur der Landwirtschaft, sondern auch der Industrie gehörigen Schutz gegen das Ausland bieten (einstimig).

## Wörterbericht.

**Frankfurt.** 10. Febr. Die Börse zeigte heute bei unbeflebtem Handel ohne besondere Grund eine etwas mattre Haltung und die Course der Fonds schlossen größtentheils minder fest als gestern. 5pEt. Metall. bleiben 75<sup>1</sup>/<sub>2</sub>, 2<sup>1</sup>, 5pEt. 39<sup>1</sup>/<sub>2</sub>, Wiener Bankactien ohne Umsatz, 250 fl. Loose 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub>, 500 fl. Loose 127<sup>1</sup>/<sub>2</sub> pEt., Kurhessische 40 Rthlr. Loose 27 Rthlr., Badische 35 fl. Loose 28<sup>1</sup>/<sub>2</sub>, Darmstädter 25 fl., do. 50 fl. Loose 71 fl., Sardinische Loose 27 fl., Polnisch 500 fl. Loose 74<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Rthlr., Süddeutsche Obligationen preishaltend. Holländ. Integr. 49<sup>1</sup>/<sub>2</sub> pEt. Von Eisenbahnen Friedr. - Wth. - Nordbahn 37<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Rthlr., Verbach 71<sup>1</sup>/<sub>2</sub> pEt., Köln-Minden 79 pEt., Taunus 282 fl. Wegen Ausbleiben der fälligen Madritzer Post war das Geschäft in 3pEt. inländ. Span. beschränkt, und der Cours benannter Papiere auch etwas niedriger schließend, 21<sup>1</sup>/<sub>2</sub> à 21<sup>1</sup>/<sub>2</sub> pEt.

**Wien.** 6. Febr. 5pEt. Metall. 84<sup>1</sup>/<sub>2</sub>. — 4pEt. 67. — 3pEt. — 2<sup>1</sup>/2 pEt. 45. — Bankactien 1110. — 500 fl. Loose 143<sup>1</sup>/<sub>2</sub>. — 250 fl. Loose 90. — Nordbahnactien 99<sup>1</sup>/<sub>2</sub>. — Gloggnitzer 96<sup>1</sup>/<sub>2</sub>. — Mailänder 67<sup>1</sup>/<sub>2</sub>.

Bei geringem Umsatz in Fonds waren dieselben fest, Eisenbahnactien höher, Wechsel gesuchter, wie auch Gold.

**Berlin.** 9. Febr. Staatschuldsehne 80<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Br., Seehandlungsprämienscheine 98<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Br., Bankantheile 90<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Br. (ohne Divid.), Berlin-Hamb. 59<sup>1</sup>/<sub>2</sub> etw. bez., Köln-Minden 79 etw. bez., Friedr. - Wth. - Nordb. 39<sup>1</sup>/<sub>2</sub> bis 38 bez., Rheinische 50<sup>1</sup>/<sub>2</sub> G., Thüringische 50 G., Russ. 4pEt. bei Stieglitz 37 bez., Poln. 500 fl. Loose 74<sup>1</sup>/<sub>2</sub> bez., ditto 300 fl. Loose 102 G., Neue Bad. Anleihe à 35 fl. 16<sup>1</sup>/<sub>2</sub> bez.

Bei merklicher Geschäftsstille behaupteten sich die Course fest, und esfuhren gegen gestern nur geringe Veränderungen.

**Amsterdam.** 8. Febr. 4 Uhr. 2<sup>1</sup>/2 pEt. Integr. 49<sup>1</sup>/<sub>2</sub> 5/8. — 3pEt. Schuh 58<sup>1</sup>/<sub>2</sub>, 3<sup>1</sup>/<sub>2</sub> — 4pEt. 77<sup>1</sup>/<sub>2</sub>, 7<sup>1</sup>/<sub>2</sub> — 3<sup>1</sup>/2 pEt. do. 77<sup>1</sup>/<sub>2</sub>. — 5pEt. Arb. 11<sup>1</sup>/<sub>2</sub>, 3<sup>1</sup>/<sub>2</sub> 7<sup>1</sup>/<sub>2</sub>, 1<sup>1</sup>/<sub>2</sub> — do. 2. 510 Stücke 11<sup>1</sup>/<sub>2</sub>, 9<sup>1</sup>/<sub>2</sub>, 7<sup>1</sup>/<sub>2</sub> 16<sup>1</sup>/<sub>2</sub> — 3pEt. inländ. à 6000 fl. 21<sup>1</sup>/<sub>2</sub>, 7<sup>1</sup>/<sub>2</sub> — Coupons 7<sup>1</sup>/<sub>2</sub>, 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> — Pass. Sch. 3<sup>1</sup>/<sub>2</sub>, 15<sup>1</sup>/<sub>2</sub> 16<sup>1</sup>/<sub>2</sub> — 3pEt. Portug. 26<sup>1</sup>/<sub>2</sub>, 11<sup>1</sup>/<sub>2</sub>, 16<sup>1</sup>/<sub>2</sub> — 5pEt. Metall. 73, 1<sup>1</sup>/<sub>2</sub>, 2<sup>1</sup>/2 pEt. do. 38<sup>1</sup>/<sub>2</sub>, 39.

Die Stimmung in unseren inländ. Fonds war heute aufs neue etwas angenehmer, in Integralen und 4pEt. zeigte der Handel viel Leben. Span. blieben in steigender Bewegung; in allen Sorten war der Handel sehr animirt. Portug. bei geringem Umsatz beinahe unverändert. Destr. etwas mehr gesucht. Französische Fonds sehr gesucht; in den übrigen fremden Effecten nur sehr wenig gehandelt.

**Paris.** 8. Febr. Stand der Rente: 5pEt. 77. 45. — 3pEt. 46. 45. — Neue 77. 20. — Bankactien 1750. — Neapol. 78. 10. — Neue 3pEt. 29. — Janere Schuh 21<sup>1</sup>/<sub>2</sub>. — St. Germain-Eisenbahn 340. — Versailles, rechtes Ufer 140. — Linke Ufer 127. 50. — Paris-Orleans 730. — Paris-Rouen 415. — Orleans-Bordeaux 392. 50. — Orleans-Bierzon 265. — Rouen-Havre 247. 50. — Marseilles-Avignon 176. 25. — Straßburg-Basel 85. — Nordbahn 398. 75. — Paris-Straßburg 335. — Römisches Antlehen 67<sup>1</sup>/<sub>2</sub>, 1<sup>1</sup>/<sub>2</sub>.

Der Anlaß zu dem Lanquinaischen Amendment, erst noch das Budget zu votiren, hat einen ungünstigen Eindruck hervorgebracht. In Folge dessen gingen die Course etwas herunter. Geschäfte sehr belebt.

**London.** 6. Febr. 3pEt. Stocks 92 à 1<sup>1</sup>/<sub>2</sub>. — 5pEt. Span. 16<sup>1</sup>/<sub